

Belarus: „Verspätete Nation“ und Autoritarismus

Martin Malek

1. Einführung

Eine der angesehensten Zeitungen des deutschsprachigen Raumes fasste in der Rezension eines der wenigen auf Deutsch vorliegenden aktuellen Bücher über Belarus die „Grenzen des Gemeinwissens“ wie folgt zusammen: „Minsk verfügt im diffusen Bewusstsein der meisten Europäer über den Charme eines Schrottplatzes. Die zweifelhafte Anmutungsqualität der weissrussischen Hauptstadt wird kaum gesteigert durch die Tatsache, dass der grösste Fallout nach Tschernobyl eben hier niedergegangen ist. Schließlich ist noch bekannt, dass im Präsidentenpalast der letzte Diktator Europas residiert“.¹ Es ist nicht in das Bewusstsein der politisch interessierten mittel- und westeuropäischen Öffentlichkeit eingedrungen, dass Belarus das letzte Land Europas ist, in dem die Todesstrafe vollstreckt wird und dass es dem für den Schutz der Menschenrechte zuständigen Europarat nicht angehört.² Belarus ist zudem der einzige Staat der Welt, in dem der 7. November, der Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland 1917, nach wie vor Staatsfeiertag ist.³

¹ Ulrich M. Schmid: Weissrussische Sonnenträume. Artur Klinau verwebt seine Biografie mit der Geschichte der Stadt Minsk, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 29.12.2006, <http://www.nzz.ch/2006/12/29/fe/articleER25N.html>, 21.2.2008. Das rezensierte Buch stammt von Artur Klinau, Minsk – Sonnenstadt der Träume. Frankfurt a.M., 2006. – Der medial omnipräsente Peter Scholl-Latour sah Minsk im „russischen Grenzgebiet“ liegen – wie Wladiwostok (Peter Scholl-Latour: Rußland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam. Berlin 2006, Text am Buchrücken).

² Der Europarat hatte 1997 den besonderen Gaststatus Belarus' wegen des immer autoritäreren Regimes von Präsident Alexander Lukaschenka suspendiert.

³ In seiner Grußadresse anlässlich des 90. Wiederkehrs der Revolution 2007 stellte Lukaschenka die gewagte These auf, dass „sich dank des Sieges des Großen Oktobers der Traum vieler Generationen von Belarussen erfüllt hat – wir haben einen unabhängigen Staat erhalten, der offen für Freunde ist“ (Pozdravlenie s Dnem Okt-

Belarus ist lediglich eineinhalb Flugstunden von Mitteleuropa entfernt und ein Nachbar der EU – und dennoch zieht es in den Medien und der Öffentlichkeit der EU-Staaten weit weniger Aufmerksamkeit auf sich als viele außereuropäische Regionen. Im Grunde ist es (fast) ein „weißer Fleck“ auf der Landkarte der (west)europäischen Wahrnehmung. Wenn es das Land überhaupt in die dortigen Medien schafft, so meist nicht deswegen, weil es vom wohl repressivsten Regime Europas beherrscht wird. So lenkte das Land Ende Dezember 2006 und Anfang Jänner 2007 wegen eines Streits mit Moskau um den Preis für russisches Erdgas, der kurz zur Unterbrechung der durch Belarus verlaufenden Ölpipeline „Druzhba“ (Freundschaft) führte (siehe dazu unten), Aufmerksamkeit auf sich. Das legt den Schluss nahe, dass sich westeuropäische Medien bevorzugt dann für Belarus interessieren, wenn die EU-Ölversorgung auf dem Spiel zu stehen scheint.⁴ Das sollte allerdings nicht der einzige Grund sein, sich mit dem Land zu befassen.

2. Diktat und Repression

Am 30. März 1994 trat die erste postsowjetische Verfassung Belarus' in Kraft, welche die Einführung des Präsidentenamts vorsah.⁵ Sie hätte durchaus zur Grundlage einer demokratischen Entwicklung des Landes werden können, wenn nicht am 10. Juli des gleichen Jahres der junge Abgeordnete und ehemalige Landwirtschaftsfunktionär Alexander Lukaschenka (Russisch: Lukaschenko) überraschend zum ersten Präsidenten gewählt worden wäre. Er ging bald an den Umbau des politischen Systems seines Landes. Der erste Schritt war ein Referendum im Mai 1995, bei dem über folgende Fragen entschieden werden sollte: der Status des Russischen (das Lukaschenka zur zweiten Staatssprache erheben woll-

jabrskoj revoljucii, Internetportal des Präsidenten von Belarus, 7.11.2007, <http://www.president.gov.by/press43386.print.html> [abgerufen 28.11.2007]).

⁴ Die OMV gab für Österreich rasch Entwarnung: Es sei von den belarussisch-russischen Konteroversen in der Energiepolitik nicht betroffen, weil es sein Erdöl aus der GUS zur Gänze per Tanker bezieht, die aus dem Schwarzen Meer nach Triest fahren, von wo aus das Öl per Pipeline zur Raffinerie in Schwechat gepumpt wird.

⁵ Zuvor war der Vorsitzende des Obersten Sowjets Staatsoberhaupt gewesen.

te),⁶ wirtschaftliche Integration mit Russland (die Lukaschenka zu forcieren gedachte); die Einführung neuer staatlicher Symbole (Lukaschenka verlangte eine neue Staatsflagge und ein neues Wappen, die an die Attribute der Belarussischen Sowjetrepublik angelehnt waren); und das Recht für den Präsidenten, den Obersten Sowjet (Parlament) aufzulösen, wenn dieser die Verfassung verletzen sollte. Alle Fragen wurden offiziell mit großen Mehrheiten (mindestens 75%) im Sinne Lukaschenkas beantwortet. Allerdings kamen rasch massive Zweifel an der Korrektheit dieser Ergebnisse auf.

1996 löste Lukaschenka unter massivem Druck den Obersten Sowjet auf und oktroyierte nach einem erneut umstrittenen und offenkundig manipulierten Referendum eine in seinem Sinne modifizierte Verfassung mit erheblich erweiterten Präsidialvollmachten und einem de facto machtlosen Zweikammernparlament.⁷ Nach der Verfassung von 1994 hätten 1999 Präsidentenwahlen stattfinden müssen, doch zählte Lukaschenka den Beginn seiner fünfjährigen Amtsperiode erst ab dem Inkrafttreten „seiner“ Verfassung. Daher kam es erst 2001 zu Neuwahlen, die er nach den offiziellen Ergebnissen völlig konkurrenzlos, nämlich mit 75,65% der abgegebenen Stimmen, für sich entschied. Danach befand sich Lukaschenka jedoch auch nach seiner eigenwilligen Zählung in der zweiten (und nach der Verfassung letzten) Amtszeit. Da er nicht daran dachte, sich bereits mit 52 Jahren zur Ruhe zu setzen, ließ er ein Referendum abhalten, um die Beschränkung auf zwei Amtszeiten aufzuheben. Es fand am 17. Oktober 2004 statt, und nach den wenig überraschenden offiziellen Resultaten stimmten 79,42% wie von Lukaschenka angestrebt. Er konnte daher bei der Präsidentenwahl am 19. März 2006 erneut antreten und gewann mit offiziell 82,6% der Stimmen weit vor dem wichtigsten Oppositionskandidaten Alexander Milinkjewitsch (6%). Die

⁶ Die Verfassung von 1994 hatte Belarussisch als einzige Staatssprache festgelegt, doch im gleichen Artikel 17 die freie Nutzung des Russischen als „Sprache der interethnischen Beziehungen“ fixiert.

⁷ Für Details der damaligen Ereignisse vgl. z.B. Martin Malek, Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 1/1997, S. 87-93, hier S. 92f.

Wahl war allerdings nach Einschätzung der OSZE, die den Urnengang mit 500 Beobachtern verfolgte, und der EU eindeutig undemokratisch.⁸

Eine Gewaltenteilung existiert in Belarus de facto nicht, da alle relevanten Vollmachten beim Präsidenten bzw. in seiner Administration konzentriert sind. Sie wurde spätestens nach dem Verfassungsputsch von 1996 „zum eigentlichen Macht- und Nervenzentrum für sämtliche relevanten Entscheidungsprozesse“ und lenkt „die Entwicklung des Landes nach Art des früheren KP-ZK-Apparats in die (gemeint: von Lukaschenka, M.M.) gewünschten Bahnen“.⁹ Belarus' autoritäres Regime kommt allerdings im Unterschied zu den meisten anderen Staaten mit einer ähnlichen Realverfassung ohne allmächtige Staatspartei aus. Lukaschenka stützt sich stattdessen auf seine so genannte „Machtvertikale“ (eine Hierarchie von ausschließlich von ihm ernannten Funktionsträgern), das Komitee für Staatssicherheit/KGB (Belarus ist die einzige ehemalige Sowjetrepublik, in der es seit der Sowjetzeit nicht umbenannt wurde), das Innenministerium (d.h. die Miliz [Polizei] und die Inneren Truppen) eine politisierte Justiz, die weitgehend vom Staat kontrollierte Wirtschaft (siehe dazu unten) und einen Kreis an Funktionären. Bei diesen geht es ausschließlich um Loyalität zu ihm, nicht aber um fachliche Kompetenz. So hatte Michail Mjasnikowitsch, Präsident der Akademie der Wissenschaften, seine Karriere in der Minsker Kommunalwirtschaft begonnen und nie mit Wissenschaft zu tun. Viktor Schejman war 2000-2004 Generalstaatsanwalt, ohne eine juristische Ausbildung zu besitzen, der gelernte Bauingenieur Pjotr Prakapowitsch ist Präsident der Nationalbank usw.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Gängelung der Massenmedien. Die elektronischen Medien sind schon lange völlig in der Hand des Regimes,

⁸ Vgl. Republic of Belarus – Presidential Election 19 March 2006, OSCE/ODIHR Election Observation Mission Report. Warsaw, 7 June 2006, http://www.osce.org/documents/odhr/2006/06/19393_en.pdf (abgerufen 16.1.2008). – Lukaschenka machte sich im November 2006 über die Kritik lustig, indem er behauptete, die Wahl zu seinen Ungunsten gefälscht zu haben: „Tatsächlich“ hätten 93,5% für ihn gestimmt, doch sei diese Zahl reduziert worden, um in den Augen „Europas“ glaubwürdiger zu wirken.

⁹ Heinz Timmermann: Belarus unter Lukaschenko: Zwischen Russland und der EU. In: *Der Bürger im Staat*, 55/4, Stuttgart 2005, S. 191-199, hier S. 193.

lediglich im Printbereich gibt es noch einige wenige unabhängige „Inseln“, denen allerdings das Leben denkbar schwer gemacht wird: Sie haben es mit Verboten, willkürlichen Steuerbescheiden, Lizenzenzug, Erschwernissen und Verunmöglichung des Drucks, Anklagen wegen „Verletzung der Würde des Präsidenten“ usw. zu tun. Das wirkt sich zwangsläufig in internationalen Rankings aus. So liegt Belarus im Worldwide Press Freedom Index der NGO Reporters Without Borders unter 169 erfassten Ländern auf Platz 151. Es ist damit das am schlechtesten klassierte Land Europas (zum Vergleich: Island – 1., Österreich – 16., Russland – 144., Eritrea – 169.).¹⁰

Eine wichtige Rolle für die Stabilität des Regimes spielen ständige Beschwörungen von „Feinden“. Als solche gelten Lukaschenka im Inneren die Opposition, im Ausland der „Westen“ (und bevorzugt die NATO und die USA) sowie Politiker und Medien in Russland, die der „Integration“ mit Belarus (siehe unten) nach seiner Meinung nicht positiv genug gegenüberstehen bzw. sich angeblich oder tatsächlich kritisch über ihn als Person und Politiker äußern. Dem „Westen“, Polen und Litauen unterstellen das offizielle Minsk sowie ihm nahestehende Kreise in Politik und Medien in Russland, Lukaschenka diskreditieren, diffamieren oder überhaupt stürzen zu wollen. Außerhalb der GUS suchte bzw. sucht Lukaschenka die Nähe von Slobodan Miloševićs Restjugoslawien, Chinas, des Iran, Saddam Husseins Irak, des Sudan, Hugo Chavez' Venezuela, Kubas, Vietnams etc. Mehrere dieser Länder waren/sind auch gute Kunden der belarussischen Rüstungsindustrie.

Ungeachtet des autoritären Charakters seines Regimes ist Lukaschenka in breiten Schichten der Bevölkerung durchaus beliebt. Unabhängige Meinungsumfragen bezeugen eine Spaltung der Gesellschaft: Anhänger des Präsidenten sind v.a. Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, ältere Leute und Pensionisten, weniger gebildet und stammen eher aus Dörfern und Kleinstädten, während unter seinen – in der gegenwärtigen belarussischen Machtelite vollkommen fehlenden – Gegnern junge Leute und

¹⁰ Reporters Without Borders: Worldwide Press Freedom Index 2007, http://www.rsf.org/article.php?id_article=24025 (abgerufen 21.2.2008).

Studenten, höher Gebildete, Intellektuelle und Einwohner von größeren Städten und der Hauptstadt Minsk dominieren.

Die Schwäche der Opposition ist durch die anhaltende Repression des Regimes, aber auch dadurch bedingt, dass sie politisch sehr inhomogen – so reicht sie von der Kommunistischen Partei Belarus' bis zur national-demokratischen Belarussischen Volksfront – und in der Gesellschaft nur schwach verankert (und konkret außerhalb der großen Städte kaum präsent)¹¹ ist. Zudem fehlt es ihr an einem unbestrittenen und charismatischen Anführer wie das der nachmalige Präsident Viktor Juschtschenko in der Ukraine war. Die belarussische Opposition dürfte auch in überschaubarer Zukunft nicht in der Lage sein, auf Lukaschenkas politische Linie auch nur begrenzt einzuwirken, von einer Gefährdung seiner Herrschaft ganz abgesehen. Eine „bunte Revolution“ nach dem Vorbild Georgiens („Revolution der Rosen“, November 2003), der Ukraine (Orange Revolution, Herbst 2004) und Kirgisiens („Revolution der Tulpen“, März 2005) „drohte“ Lukaschenka zu keinem Zeitpunkt, wie dramatisch auch immer die von ihm, anderen Vertretern des Regimes oder dem KGB verbreiteten Meldungen über angeblich unmittelbar bevorstehende Putschversuche und Terroranschläge der belarussischen Opposition – eventuell mit Unterstützung des „Westens“, der USA, der NATO usw. – auch klangen.

Auch massive Verdachtsmomente, dass das Regime insbesondere in den Jahren 1999 und 2000 angebliche und tatsächliche Oppositionelle „verschwinden“ und vermutlich ermorden ließ, schadeten Lukaschenka letztlich nicht. Bei diesen Personen handelte es sich um General Juri Zacharanka (Innenminister 1994-1995), Viktor Hantschar (Parlamentsabgeordneter, 1994 stellvertretender Ministerpräsident, 1996 und 1999 Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission, provisorischer Vorsitzender des Obersten Sowjets bzw. seiner 40 bis 50 Angehörigen, die sich der Auflösung durch Lukaschenka widersetzt hatten), den Geschäftsmann Anatoli Krasouski und Dzmitry Zavadski, einen belarussischen Mitar-

¹¹ Oppositionelle Demonstrationen sind meist schwach besucht. Wenn sich in Minsk mit seinen 1,7 Mio. Einwohnern einige Tausend Menschen einfinden, gilt das bereits als „große“ Kundgebung.

beiter des russischen TV-Kanals ORT. Hienadz Karpjenka, Ministerpräsident eines Schattenkabinetts der Opposition, starb unter ungeklärten Umständen im April 1999. Massive Anzeichen sprachen für eine vorsätzlich herbeigeführte Vergiftung in einem Restaurant.¹²

Erleichtert wird die weit mehr an ostslawische Identität und Gemeinsamkeit mit Russland denn belarussisches Nationalbewusstsein appellierende Herrschaft Lukaschenkas zweifellos auch durch den Umstand, dass Belarus zu jenen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gehört, deren Titularnation die schwächste nationale Identität ausgebildet hat. Es fiel Lukaschenka, der in der Öffentlichkeit nur sehr selten (und schlecht) Belarussisch spricht, daher auch nicht weiter schwer, die belarussische Sprache und Kultur wieder zurückzudrängen bzw. erst gar nicht aufkommen zu lassen. So ließ er 2003 das letzte belarussischsprachige Gymnasium von Minsk, das Jakub-Kolas-Lyzeum, gegen den Widerstand von Schülern und Lehrern schließen.

3. Ein „Planwirtschaftswunder“?¹³

Wirtschaftsreformen nach dem Vorbild Russlands in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre lehnte Lukaschenka trotz der demonstrativen Nähe zu Moskau stets explizit ab. Er konnte sogar auf Russland, in dem eine kleine Oberschicht in kürzester Zeit zu sagenhaftem Reichtum gelangte, während große Teile der Bevölkerung verarmten, als „abschreckendes Beispiel“ verweisen. Lukaschenka fühlte sich in seiner Gegnerschaft zur Marktwirtschaft bestätigt und sprach lieber von einem „Marktsozialismus“ oder überhaupt „sozialistischer Wirtschaft“, die „auf einem starken Staat basiert“.¹⁴ Eine Massenprivatisierung hat nie stattgefunden; etwa drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entfallen auf Staatsbetriebe. Sie arbeiten nach wie vor mit zentral administrierten Planvorgaben, sind

¹² Vgl. dazu: Markus Wehner: Die Verschwundenen von Minsk. Gab es eine Todeschwadron in Weißrußland? In: Osteuropa, 51/8, Berlin 2001, S. 968-975.

¹³ Vgl. dazu auch den Beitrag von Peter Havlik in der vorliegenden Broschüre.

¹⁴ Alexander Rahr: Lukaschenko: „Die Opposition ist in Weißrußland keineswegs verboten“ (Interview). Die Welt, Berlin, 25.1.2007, <http://www.welt.de/data/2007/01/25/1188208.html?prx=1> (abgerufen 22.2.2008).

vor unverzerrtem marktwirtschaftlichem Wettbewerb geschützt und entließen daher auch viel weniger Personal als Unternehmen in anderen postkommunistischen Staaten im Zuge des dortigen Übergangs zur Marktwirtschaft. Privates Unternehmertum ist nicht verboten, doch stark erschwert. Zu den Vorteilen dieser Gegebenheiten gehört – und zwar nicht nur aus Lukaschenkas Sicht –, dass das Phänomen der „Oligarchen“ in Belarus unbekannt ist. Die Einkommensschere hat sich unter Lukaschenka viel weniger stark geöffnet als in den meisten anderen postkommunistischen Ländern, und die offizielle Arbeitslosigkeit war stets niedrig.

Gleichzeitig verzeichnete Belarus nach offiziellen Statistiken 2004 bis 2006 mit 11,4%, 9,2% und 9,9% das höchste Wirtschaftswachstum Europas.¹⁵ Allerdings hat kein anderes postkommunistisches Land des Kontinents jemals solche Raten erzielt, und es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob den Angaben von Lukaschenkas Behörden im Wirtschaftsbereich mehr zu trauen ist als den verlautbarten Wahlergebnissen. Davon abgesehen warfen verschiedene Beobachter die Frage auf, wie ein Land, dessen Wirtschaft ihre sowjetische Grundstruktur behalten und kaum Hochtechnologie in die Produktion eingeführt hat, nur relativ wenige ausländische Investitionen anzuziehen vermochte¹⁶ und seinen Außenhandel stark auf eine Region – die GUS und v.a. Russland – konzentriert, dem Weltmarkt weder eigene Rohstoffe noch sonstige konkurrenzfähige Produkte anzubieten und zudem noch erhebliche Ausgaben zur Bewältigung der Folgen der Reaktorkatastrophe im nahegelegenen ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 zu tragen hat, derart dynamisch wachsen konnte.

Der Finanzanalyst Siarhej Karol, Mitarbeiter der American International Group, stellte im März 2006 folgende Rechnung auf: Russland, von dem

¹⁵ Angaben des Interstaatlichen Statistik-Komitees der GUS; vgl. Respublika Belarus'. <http://www.cisstat.com/rus/index.htm> (abgerufen 19.3.2007).

¹⁶ So etwa aus Österreich: So kaufte die Telekom Austria mit MDC den zweitgrößten Mobilfunkbetreiber Belarus'. Aus der Wiener Wirtschaftsrechtskanzlei, die bei der Abwicklung des Geschäfts half, war zu hören, dass „die Rechtssicherheit in Weißrussland relativ hoch“ sei, „denn anders als etwa in der Ukraine ist die Regierung stabil“ (zitiert nach: Ruth Reitmeier: Am Rechtsweg. Profil, 4.2.2008, S. 63).

Belarus bei der Versorgung mit Energieträgern weitgehend abhängig ist, verrechnete Minsk für 1.000 Kubikmeter Gas 47 Dollar und für ein Barrel Erdöl 27 Dollar. Demgegenüber verlangte der russische Gasmonopolist Gazprom von der Ukraine Ende 2005 plötzlich 230 Dollar für 1.000 Kubikmeter Gas, und der Weltmarktpreis für Öl lag bei ca 60 Dollar pro Barrel. Für Belarus, das ca. 20 Mrd. Kubikmeter Gas im Jahr und 250.000 Barrel Öl am Tag verbraucht, beläuft sich die Ersparnis auf 6,6 Mrd. Dollar. Das ist vor dem Hintergrund des Umstandes, dass das BIP Belarus' 2006 ca. 28,56 Mrd. Dollar betrug, eine enorme Summe. Zudem verkaufte das Land in seinen beiden Raffinerien in Mazyr und Navapolack verarbeitetes Erdöl zu Weltmarktpreisen an das Ausland (in Dollar ausgedrückt machten Erdölprodukte 2005 ca. ein Drittel und 2006 fast 40% des belarussischen Exportes aus¹⁷); Belarus importierte pro Tag um ca. 100.000 Barrel Öl mehr als es konsumierte. Das brachte angesichts des Preisunterschiedes zwischen 27 und 60 Dollar nochmals 1,3 Mrd. Dollar im Jahr – und zwar nicht als Subvention, sondern als reale Einnahmen für das Budget.¹⁸ Belarus ist das einzige Land Europas, das eine positive Bilanz im Handel mit Öl und Gas aufweist, ohne diese Rohstoffe in nennenswertem Umfang zu besitzen. Damit konnte dann eine durchaus regelmäßige Auszahlung der – wenngleich niedrigen – Gehälter der Staatsbediensteten und Pensionen finanziert werden, sodass es Lukaschenka gelang, soziale Spannungen oder gar Unruhen zu verhindern, die sein Regime in Gefahr hätten bringen können. Genau das wollten der Kreml und Gazprom denn auch erreichen: Lukaschenka sollte unbedingt im Amt gehalten werden. Waleri Panjuschkin und Michail Sygar von „Kommersant“, der wohl seriösesten Tageszeitung Russlands, meinten, dass Gazprom letztlich „Repressalien, Folter, das Verschwinden von Menschen und die Fälschung von Wahlen“ in Belarus mitfinanziert habe.¹⁹

¹⁷ Leonid Grigor'ev/Sergej Agibalov: Belorussija: Neftjanoj „tigr“ v Evrope. Vedomosti, 10.1.2007, <http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2007/01/11/118680> (abgerufen 20.1.2008).

¹⁸ Siarhej Karol: Controls, Subsidies, And Cheap Gas. RFE/RL Feature Article, 15.3.2006, <http://www.rferl.org/featuresarticle/2006/03/b36695f2-6a0f-4b00-bd58-5f5c06b98584.html> (abgerufen 22.1.2008).

¹⁹ Waleri Panjuschkin/Michail Sygar: Gazprom. Das Geschäft mit der Macht. München 2008, S. 155.

Gegen Ende 2006 gedachte Gazprom Minsk eine Erhöhung des Gaspreises um mehr als das Vierfache, nämlich auf 200 Dollar für 1.000 Kubikmeter, vorzuschreiben. Daraus resultierte zwar nicht die erste russisch-belarussische Kontroverse um den Gaspreis,²⁰ doch schien nun ein Ende des „Wirtschaftswunders“ Belarus’ zu drohen, da große Teile seiner Wirtschaft unter Marktbedingungen kaum überlebensfähig wären. Nicht wenige Beobachter sahen – mit guten Gründen – im Vorgehen des de facto vom Kreml kontrollierten Gazprom-Konzerns den Versuch, Lukaschenka eine „Integration“ der beiden Länder zu russischen Bedingungen aufzuzwingen (siehe dazu unten). Am 31. Dezember 2006 einigten sich Delegationen der beiden Länder in Moskau auf 100 Dollar für 1.000 Kubikmeter Gas für 2007 (was immer noch der niedrigste Preis ist, den Russland einem GUS-Land verrechnet; dennoch ist zweifelhaft, ob er von Belarus langfristig zu verkraften ist²¹). Bis 2011 soll der Preis allmählich auf „europäisches Niveau“ ansteigen. Zudem würde Gazprom 2,5 Mrd. Dollar für einen Anteil von 50% an der Gastransportgesellschaft Beltransgaz zahlen, an der es schon lange interessiert ist.

Damit waren die russisch-belarussischen Divergenzen im Energiebereich allerdings nicht bereinigt. Moskau ließ die Absicht erkennen, seine Ölexporte nach Belarus mit 180 Dollar pro Tonne zu besteuern. Daraufhin drohte Minsk mit der Einführung von Transitgebühren für über belarussisches Territorium transportiertes Öl. In der Nacht vom 7. auf den 8. Jänner 2007 setzte der russische Pipelinebetreiber Transneft den Öltransit über „Druzhba“ mit der Begründung aus, dass Minsk illegal 79.000 Tonnen Öl entnommen habe. Damit wurden auch mehrere EU-Staaten nicht mehr beliefert. Wenige Tage später entspannte sich die Lage allerdings bereits wieder: Minsk verzichtete auf die Transitgebühr und speiste das abgepumpte Öl wieder in die Leitung ein; der russische Ministerpräsident Michail Fradkow sagte daraufhin eine Reduzierung der Steuer auf Ölexporte nach Belarus auf 53 Dollar zu. Am 13. Jänner unterzeich-

²⁰ Vgl. Astrid Sahn: Integration als Weg zur Selbstbehauptung. Die Beziehungen von Belarus und Russland im internationalen Kontext. In: Russland Analysen, Nr. 96, 21.4.2006, Bremen 2006, S. 2-4, hier S. 4; Folkert Garbe: Energische Integration? Rußlands Energiekonflikt mit Belarus. In: Osteuropa, 4/2007, S. 65-75.

²¹ Rainer Lindner: Blockaden der „Freundschaft“. Berlin, SWP-Aktuell 3, Januar 2007, S. 1.

neten die beiden Länder eine Vereinbarung über den Öltransit, welche die Krise formal vorerst beendete. Gegenseitige Anschuldigungen dauerten aber an. So meinte Russlands Präsident Wladimir Putin Mitte Jänner 2007, Belarus im beginnenden Jahr nur im Bereich der Energieträger mit 5,8 Mrd. Dollar unterstützen, was 41% des belarussischen Budgets von ca. 14 Mrd. Dollar ausmache.²² Aussagen dieser Stoßrichtung wies man in Minsk mit verschiedenen Argumenten zurück. Lukaschenka wie auch der stellvertretende Ministerpräsident Andrej Kabjakau stellten die Möglichkeit der Einhebung von Gebühren für die Nutzung zweier russischer Militärobjekte, nämlich des Frühwarnradars für Raketenangriffe („Wolga“) bei Baranowitschi und einer Kommunikationsstation für die Kriegsmarine bei Vilejka, sowie für das Land unter der Pipeline (!) „Jamal-Europa“, die russisches Gas nach Deutschland transportiert, in den Raum. Gazprom drohte Belarus in der Folge zeitweise für angeblich oder tatsächlich aufgelaufene Schulden mit Kürzungen von Lieferungen. Lukaschenko ließ daher mitunter gegen den Konzern protestieren – mit russischen Fahnen und Transparenten wie „Gazprom ist ein Geschwür des Unionsstaates“.²³

Moskau fühlte sich jedenfalls durch die Vorfälle um den Jahreswechsel 2006/7 in seiner bereits seit einiger Zeit verfolgten Strategie bestärkt, „unsichere Kantonisten“ wie Belarus und die Ukraine durch den Bau alternativer Pipelines bzw. Erdölterminals zu umgehen. Konkret war von einer Ausweitung jenes Teils des bisher über Belarus nach Westeuropa gelieferten Erdöls die Rede, der über das so genannte Baltische Pipelinesystem abgewickelt wird. Am 21. Mai 2007 unterzeichnete Fradkow eine Verordnung der Regierung über den zweiten Bauabschnitt dieses Pipelinesystems (BTS-2). Transneft-Chef Semjon Weinstock schätzte die Kosten für die Pipeline zwischen Unetscha, einer Stadt im Gebiet von Brjansk (an der Grenze zu Belarus), und dem Hafen Primorsk (bei St.Petersburg) auf ca. 2,5 Mrd. Dollar. Da es sich aber um ein offenkun-

²² Andrej Denisov: „Po-vzrosloму“. Vladimir Putin podsčital cenu belorusskogo suvereniteta. Vremja novostej, 16.1.2007, <http://www.vremya.ru/print/169481.html> (abgerufen 19.2.2008).

²³ Eine solche Kundgebung dokumentierte etwa ein Foto auf der Titelseite der russischen Tageszeitung Kommersant, 2.8.2007.

dig geopolitisch motiviertes Projekt handelt, spielen aus russischer Sicht die Kosten keine Rolle.

4. „Integration“ mit Russland

4.1. Allgemeines

Lukaschenka hat nie Zweifel an seiner grundsätzlichen Ablehnung der Auflösung der UdSSR Ende 1991 gelassen. Er bezeichnete sie als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.²⁴ Putin bediente sich in einer Rede vor beiden Häusern des russischen Parlaments am 24. April 2005 einer ganz ähnlichen Formulierung.²⁵ Beide versuchten – auf ihre jeweilige Art und Weise –, diese „Katastrophe“ zumindest teilweise rückgängig zu machen. Es ist allerdings offen, wie der von Moskau und Minsk angestrebte russisch-belarussische „Unionsstaat“ mit Artikel 1 der belarussischen Verfassung („Belarus verteidigt seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität“)²⁶ oder auch Lukaschenkas Programm für die Präsidentenwahlen 2001 („Unsere Kinder und Enkel werden in einem unabhängigen und souveränen Belarus leben“)²⁷ vereinbar sein soll.

Der russische Präsident Boris Jelzin und Lukaschenka unterzeichneten folgende große „Integrations“-Dokumente: Einen Vertrag über die Schaffung einer „Gemeinschaft Russlands und Weißrusslands“ (2. April 1996), einen Vertrag über eine „Union Russlands und Weißrusslands“

²⁴ Zitiert nach: A. Lukašenko: Belorusskij narod iskrenne zainteresovan v ukreplenii i razvitii SNG. Sovetskaja Belorussija, 5.3.1998, <http://www.bdg.by/projects/whoiswho/3.htm> (abgerufen 21.2.2008).

²⁵ Vladimir Putin: Poslanie Federal'nomu Sobrabiju Rossijskoj Federacii. 25 aprilja 2005 goda, Moskva, Kreml', http://president.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type63374type82634_87049.shtml (abgerufen 20.2.2008).

²⁶ Dieser Artikel lautet in den Verfassungen von 1994 und 1996 gleich; vgl. Konstitucija Respubliki Belarus'. Minsk 1994, S. 3; Kanstytucyja Respubliki Belarus'/Konstitucija Respubliki Belarus', Minsk 1997, S. 48.

²⁷ „Kriminal nikogda ne provetsja vo vlast'!“ Predvybornaja programma Aleksandra Lukašenko – „eto ne obeščanija“, Pravda.ru, 28.8.2001, <http://news.pravda.ru/society/2001/08/28/31166.html> (abgerufen 20.3.2007).

(2. April 1997), ein „Statut über die Union Russlands und Weißrusslands“ (23. Mai 1997), eine „Deklaration über die weitere Vereinigung Russlands und Weißrusslands“ (25. Dezember 1998) und schließlich einen „Vertrag über die Schaffung eines Unionsstaates“ vom 8. Dezember 1999. Letzteres Dokument geht unter den bis dahin unternommenen Initiativen am weitesten. Es sah u.a. die Schaffung von den beiden Staaten übergeordneten Organen – Oberster Staatsrat (dem die Präsidenten, Regierungschefs und Vorsitzenden der Parlamentskammern der Mitgliedsländer angehören sollen), Parlament, Ministerrat, Gericht, Rechnungshof – vor. Der Oberste Staatsrat und ein „Ministerrat des Unionsstaates Russlands und Weißrusslands“ wurden formal ins Leben gerufen, die anderen Einrichtungen des „Unionsstaates“ nicht. Wahlen in ein Unionsparlament werden bereits seit 1999 diskutiert, haben aber bis heute nicht stattgefunden. Kontrovers war die Frage des Emissionszentrums einer vom „Vertrag über die Schaffung eines Unionsstaates“ ebenfalls vorgesehenen gemeinsamen Währung: Lukaschenka hatte ursprünglich verlangt, dass auch die belarussische Zentralbank das Recht auf ihre Ausgabe erhalten sollte, war aber in Moskau auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Dann stimmte Minsk der Einführung des russischen Rubels zunächst zu, um sie schließlich doch noch abzulehnen. Im Jänner 2007 erklärte der Chef der belarussischen Nationalbank, dass die Einführung einer „gemeinsamen Währung“ in Belarus und Russland auf unbestimmte Zeit verschoben sei.

Im Westen interessiert sich kaum jemand für die russisch-belarussische „Integration“. Dennoch gilt es in Moskau wie Minsk (und in erster Linie bei Lukaschenka selbst) als Gemeinplatz, dass sie „der Westen“ sabotieren wolle. „According to geostrategic plans of the West, the Slavic countries should not unify. ... Contemporary strategy of the Union State opponents is to prevent the strenghtening of the Orthodox Slavic civilisation positions and the restoration of the Russian historical and cultural region“.²⁸

²⁸ V. A. Aksenov (ed.): *The Union of Belarus and Russia: yesterday, today and tomorrow (questions and answers)*, Moscow 2003, S. 29.

4.2. Lukaschenkas Motive und Intentionen

Lukaschenka verlangte die Schaffung von den derzeitigen Führungen von Russland und Belarus übergeordneten Organen, welche ihm bedeutende Einflussmöglichkeiten auch auf die russische Politik geben sollten. Diesem Ziel glaubte er sich allmählich anzunähern, als der gesundheitlich wie politisch schwache Jelzin Russland regierte. So spekulierte Lukaschenka etwa auf den Posten eines Vizepräsidenten (unter Jelzin) oder auf einen Präsidentschaftswahlkampf im neuen „Unionsstaat“. Für letzteren baute Lukaschenka bereits insofern vor, als er sich um gute Verbindungen in die russischen Regionen bemühte. Er bereiste ganz Russland, schloss Verträge über Kooperation zwischen dessen Regionen („Subjekten“) und Belarus ab (im April 1998 waren es bereits ca. 60) und lud russische Gouverneure nach Belarus ein. Zahlreiche russische Gouverneure standen Lukaschenka sichtlich positiver gegenüber als dem eigenen Präsidenten Jelzin, und manche russische Politologen meinten sogar hinter vorgehaltener Hand, dass Lukaschenka für den Fall von Volkswahlen des Präsidenten eines „Unionsstaates“ reale Siegeschancen habe.

Es gab Hinweise, dass Lukaschenka an den russischen Präsidentenwahlen des Jahres 2000 teilnehmen wollte – entweder durch eine Vereinigung seines Landes mit Russland oder dank einer Regelung, die ihm z.B. über eine „gemeinsame Staatsbürgerschaft“ eine Kandidatur ermöglichen würde. Letzteres hätte den Vorteil gehabt, dass er im Falle eines Misserfolges in Russland eben Präsident eines unabhängigen Belarus bleiben könnte. Er schlug denn auch in einem Brief an Jelzin im September 1998 ein Gesetz „Über eine einheitliche Staatsbürgerschaft der Union“ vor. Lukaschenka war zeitweise auch ein Hoffnungsträger des kommunistischen und nationalistischen Lagers in Russland. So trugen Demonstranten am 80. Jahrestag der Oktoberrevolution (7. November 1997) auf dem Lobjanka-Platz im Zentrum Moskaus Porträts des sowjetischen Staatsgründers Wladimir Lenin, des Diktators Josef Stalin – und Lukaschenkas.²⁹

²⁹ Der seinerzeitige nationalistische (und antisemitische) Gouverneur von Krasnodar, Nikolaj Kondratenko, meinte 1998, dass er für Lukaschenka stimmen würde. Tat-

1999/2000 änderten sich die Rahmenbedingungen der russisch-belarussischen „Integration“ allerdings entscheidend, denn der junge Putin trat Jelzins Nachfolge an. Nun stießen Lukaschenkas Vorstellungen der „Integration“ in Russland auf zunehmenden Widerstand. So wurde darauf hingewiesen, dass Belarus mit ca. 7% der Bevölkerungszahl und ca. 4% der Wirtschaftsleistung Russlands keinen Anspruch auf volle Gleichberechtigung in einem künftigen „Unionsstaat“ erheben könne. Lukaschenka reagierte darauf gerne mit dem Vorwurf an Russland, „keinen Unionsstaat aufbauen“ zu wollen. Putin legte Lukaschenka eine einfache Angliederung der einzelnen administrativen Einheiten Belarus' (sechs Gebiete plus Minsk) an Russland auf der Grundlage der geltenden russischen Verfassung nahe, was dieser empört zurückwies. Weit mehr als die Sorge um die belarussische Staatlichkeit bekümmerte Lukaschenka dabei der Umstand, dass es im dann entstehenden russisch-belarussischen Gesamtstaat keinen Posten für ihn gäbe: Belarus wäre spurlos von der Landkarte verschwunden und hätte nicht einmal den Status einer autonomen Republik wie Dagestan oder Jakutien. Zeitweise versuchte Lukaschenka sogar, sich als Verteidiger von Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes darzustellen, doch gibt es keine Zweifel, dass er dieses morgen in einen „Unionsstaat“ mit Russland einbringen würde, wenn er heute die Garantie erhielte, dass er dessen Präsident wird.³⁰ Lukaschenka wird sich aber auf keine Vereinigung von Belarus mit Russland einlassen, wenn er nicht sicher ist, in dem dann entstehenden Staatsgebilde eine entscheidende Rolle spielen zu können. Das Vehikel dazu ist seine Forderung nach einem Unionsstaat mit Russland, „in dem beide Staaten gleichberechtigt sind“.³¹ Tatsächlich geht es ihm aber nach wie vor um eine „Osterweiterung Weißrußlands“.³²

sächlich war eine erhebliche Anziehungskraft des vermeintlich erfolgreichen „belarussischen Modells“ in Teilen der Bevölkerung und auch der politischen Elite Russlands (und zwar nicht nur in den Regionen) nicht zu übersehen.

³⁰ Anna Egorova/Vitalij Cygankov: Očerednaja vstreča sojuznych liderov obernulas' gosperepolochom. Svobodanews.ru, 7.12.2007, <http://www.svobodanews.ru/article/te.aspx?exactdate=20071207174723287> (abgerufen 10.2.2008).

³¹ Rahr, Lukaschenko.

³² Vgl. Heinz Timmermann: Lukaschenko: Griff nach der Macht in Moskau? Aktuelle Analysen des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln), Nr. 34, 1998, S. 2.

4.3. Russische Positionen

Lukaschenka nannte sein Land bei vielen Gelegenheiten „Vorposten Russlands“. Belarus bietet aus russischer Sicht den kürzesten Transitweg für den Personen-, Energie- und Warentransport nach Westeuropa. Das Hauptinteresse Moskaus am kleinen westlichen Nachbarn ist allerdings geo- und sicherheitspolitischer Natur. Den „ideologischen“ Hintergrund bietet die in Russland (und zwar auch unter den – in den 1990er Jahren zunehmend schwächeren und unter Putin weitgehend bedeutungslosen – „Demokraten“) verbreitete Überzeugung, dass Belarus beim Zerfall der UdSSR Ende 1991 kein unabhängiger Staat hätte werden dürfen, dass die Belarussen „gleichzeitig auch Russen“ oder Russen und Weißrussen „eigentlich ein Volk“ bzw. „eine Nation“ seien; zu letzterem bekannte sich auch Putin.³³ Daraus resultiert allerdings „zwangsläufig“ die Frage, wozu die Belarussen einen eigenen Staat benötigen.

Plausibel klingt die Vermutung von Kirill Koktysh, eines Dozenten des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen/MGIMO (einer Kadenschmiede des Außenministeriums), der die langjährige massive Subventionierung des Lukaschenka-Regimes durch Moskau damit erklärte, dass man die belarussische Unabhängigkeit als vorübergehende Erscheinung betrachtet habe, „das heißt als Übergang ... zu einem einheitlichen, gemeinsamen Staat“.³⁴ Einen klaren Zusammenhang zwischen den Preisen für Energieträger und der „Integration“ stellte auch Ende Dezember 2006 der russische Botschafter in Minsk, Alexander Surikow, her: Die Schaffung einer „vollwertigen Union“ auf der Grundlage eines (schon seit Jahren diskutierten und angeblich zum Großteil längst akkordierten) russisch-belarussischen „Verfassungsaktes“ würde „alle Fragen der Zusammenarbeit im ökonomischen Bereich, darunter bei Gas und Öl“, beseitigen. Surikow verlangte auch die Einführung

³³ RFE/RL Newsline Vol. 9, No. 142, Part II, 29 July 2005.

³⁴ „Eto stolknovenie dvuch koncepcij Sojuznogo gosudarstva“. Rossijsko-belorusskij krizis. Interv'ju s Kirillom Koktyšem, Polit.ru, Moskau, 24.1.2007, http://www.polit.ru/analytics/2007/01/24/koktysh_print.html (abgerufen 26.1.2008); ganz ähnlich Hans-Georg Heinrich/Ludmilla Lobova: *Belarussian Society at the Crossroads – Between Moscow and Brussels*. Studien des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien, Nr. 1, 2006, S. 5.

einer „einheitlichen Währung“ (d.h. des russischen Rubels) sowie „übernationaler Organe“ für den „Unionsstaat“.³⁵ Im Klartext: Nur im Falle eines Beitritts Belarus' zu Russland würde es Energieträger zu niedrigen bzw. innerrussischen Preisen erhalten.

Der designierte Botschafter Russlands in Belarus, Dmitrij Ajazkow, meinte im Juli 2005, dass er „sicherlich“ der letzte Inhaber dieses Postens sein würde. Lukaschenka müsse dazu nur seine „Perzeption von Russland und Belarus als separate Länder ändern“.³⁶ Zahlreiche Stimmen u.a. aus Russland und Belarus selbst vermuteten, dass der Kreml Minsk eine Vereinigung der beiden Länder zu russischen Bedingungen aufzwingen wollte, um auf diese Weise ein neues Staatsgebilde entstehen zu lassen, als dessen Präsident Putin seine erste Amtszeit antreten könnte. Damit wäre das so genannte „Problem 2008“ (also das Jahr des Auslaufens seiner zweiten und der russischen Verfassung zufolge letzten Amtszeit als Präsident Russlands) aus der Sicht erheblicher Teile der russischen Elite gelöst, und Putin hätte seine wiederholten Erklärungen, „keine dritte Amtszeit“ anzustreben, dennoch eingehalten. Die bekannte russische Politologin Lilija Schewzowa meinte offen, dass „die Annexion von Belarus einen rechtlichen Weg für Putin eröffnen könnte, um im Kreml zu bleiben“.³⁷ Selbst die gewöhnlich vorsichtig formulierende BBC (und konkret der Chef ihres Moskauer Büros) notierte: „Viele in Moskau verbinden den jetzigen Bruch Moskaus mit Lukaschenka [gemeint: die energiepolitische Kontroverse zur Jahreswende 2006/2007, M.M.] mit der Möglichkeit einer neuen politischen Karriere für Wladimir Putin. Nur der Abgang des belarussischen Präsidenten würde Russland die Chance geben, von Minsk die Zustimmung zu einer Konföderation“.

³⁵ Ol'ga Tomaševskaja: „Sozdanie polnocennogo sojuza snimet voprosy po gaz i nefi“. Vremja novostej, 7.12.2006, <http://www.vremya.ru/print/167301.html> (abgerufen 27.1.2008).

³⁶ Zitiert nach RFE/RL Newline Vol. 9, No. 135, Part II, 20 July 2005. – Ajazkow konnte dann allerdings seinen Botschafterposten nicht antreten – er hatte Lukaschenkas Regierungsstil kritisiert, wurde von Minsk daher abgelehnt und schließlich von Moskau zurückgezogen.

³⁷ Zitiert nach: Yuri Zarakhovich: Pipe Down. Time, 4.1.2007, <http://www.time.com/time/europe/magazine/article/0,13005,901070115-1573956,00.html> (abgerufen 15.2.2008).

tion zu erhalten, in der Russland die erste Geige spielen würde und wo ein Präsident erforderlich wäre“.³⁸ Das „Problem 2008“ wurde dann allerdings ohne jedes Zücken der „belarussischen Karte“ gelöst: Putin designierte im Dezember 2007 den 1. Vizepremier Dmitrij Medwedjew zu seinem Nachfolger und wechselte in das Amt des Ministerpräsidenten Russlands.

Ungeachtet aller Unklarheiten in den Modalitäten der „Integration“ und Differenzen in der Energiepolitik waren und sind Russland und Belarus durch zahlreiche militärisch und sicherheitspolitisch relevante Vereinbarungen fest aneinander gekoppelt. Dies wird v.a. mit der Osterweiterung der NATO gerechtfertigt, die „man in Moskau und Minsk als Faktor einer potenziellen militärischen Bedrohung ansieht“.³⁹ Die Ausrichtung der engen russisch-belarussischen Zusammenarbeit im Militärbereich wurde in der russischen Presse wie folgt beschrieben: „Die geschaffene einheitliche [russisch-belarussische, M.M.] Gruppierung von Truppen und Kräften wurde zum Einsatz nach einem einheitlichen Plan geschaffen. Und gegen einen gemeinsamen Gegner – die NATO“.⁴⁰ Populär ist auch eine Betrachtung des Nordatlantiktakts als Katalysator einer beschleunigten „Integration“: Russland und Belarus müssten sich „sowieso zusammenschließen – unabhängig von der Stimmung der jetzigen Führer. Das ... erfordert die Geostrategie. Andernfalls können wir gar nicht

³⁸ Konstantin Eggert: Moskva – Minsk: Pričiny i posledstvija krizisa. BBC Russian Service, 9.1.2007, http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/hi/russian/news/newsid_6244000/6244767.stm (abgerufen 19.1.2007); vgl. Yuri Zarakhovich: Belarus Heads Toward a New Year's Face-off With Putin. Time, 28.12.2006, <http://www.time.com/time/world/printout/0,8816,1573041,00.html> (abgerufen 5.2.2008); Vladimir Socor: Official Minsk Outraged By Moscow's Political Use of the Energy Leverage, in: Eurasia Daily Monitor – The Jamestown Foundation (Washington, DC), November 8, 2006 – Volume 3, Issue 207.

³⁹ Rossijskaja Akademija Nauk / Institut mirovoj ekonomiki i meždunarodnych otnošenij: Ekonomika i politika gosudarstv bližnego zarubež'ja, nojabr'. Moskva 1998 g., S. 26.

⁴⁰ Nikolaj Poroskov/Vladimir Špak: Drugoj vrag. Mesto NATO zanjat terrorizm. Vremja Novostej, 29.10.2002, S. 1.

so schnell schauen, steht die NATO bei Smolensk“.⁴¹ Diese Bedrohungsperzeption teilt Lukaschenka voll und ganz. Anlässlich der Erweiterung des „Vertrages über kollektive Sicherheit“/VKS (ein Militärbündnis einiger GUS-Staaten mit einer dem NATO-Vertrag ähnlichen Beistandsverpflichtung) zu einer „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ machte er klar, dass er deren Aufgabe v.a. in der „Abschreckung“ der NATO sieht.⁴²

Belarus mit seinen zehn Flugplätzen, die russische strategische Atom-bomber aufnehmen können, ist somit militärpolitisch eng an Russland und andere GUS-Staaten gebunden. Die Rechtsgrundlage dafür ist allerdings keineswegs eindeutig: Der belarussische Oberste Sowjet hatte zwar (gegen den Widerstand seines damaligen Vorsitzenden Stanislaw Schuschkewitsch) am 9. April 1993 mit großer Mehrheit für den Beitritt zum VKS gestimmt, dann aber im Folgejahr die erwähnte Verfassung verabschiedet, in der sich Belarus das Ziel setzte, ein neutraler Staat zu werden (Artikel 18).⁴³

5. Belarus als „Stein des Anstoßes“ zwischen der EU und Russland?

Der GUS kommt die unbestritten erste Priorität der russischen Außen- und Sicherheitspolitik zu, und das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Moskau strebt eine größtmögliche „Integration“ auf allen Gebieten – Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur, Medien und Wissenschaft – unter seiner Führung an. Die GUS hat 1991-1992 dazu beigetragen, den Zerfall der UdSSR in kontrollierte Bahnen zu lenken und ein „jugoslawisches Szenario“ in (post-)sowjetischen – und damit sehr viel größeren – Maßstäben zu verhindern. Bald trachtete Moskau aber, die GUS zu einem Instrument zur Wahrung bzw. Stärkung seines

⁴¹ Evgenij Anisimov: Vmesto ob'edinenija s Belorussiej my riskuem ee poterjat'. Komsomol'skaja pravda, 27.8.2002, <http://www.kp.ru/daily/22619/19889/> (abgerufen 10.3.2008).

⁴² Maksim Glikin: V Dušanbe sozdali „vostočnyj blok“. Nezavisimaja Gazeta, 29.4.2003, <http://www.ng.ru/printed/38311> (abgerufen 21.2.2008).

⁴³ Dieser Punkt blieb auch in Lukaschenkas Verfassung von 1996 erhalten.

Einflusses auf die anderen früheren Sowjetrepubliken zu machen. Offenbar sollte nach dem Zerfall des „äußeren Imperiums“ (also des Warschauer Paktes) bzw. des gesamten „Sozialistischen Weltsystems“ (1989-1991) wenigstens das frühere „innere Imperium“ (d.h. die nicht-russischen Republiken der UdSSR/GUS) soweit wie möglich unter der Kontrolle Moskaus gehalten werden. Russland beansprucht die GUS als „besondere Interessenzone“, aus der dritte Mächte (und v.a. USA und NATO) so weit wie möglich ferngehalten werden sollen. Seit 1992 unterscheidet man in Russland allgemein zwischen dem „Nahen Ausland“, d.h. den anderen GUS-Staaten, und dem „Fernen Ausland“ (also dem „Rest der Welt“). Dies deutet bereits an, dass man den früheren Sowjetrepubliken einen niedrigeren „Grad an Unabhängigkeit“ als allen anderen Ländern zubilligt.

Gemäß der „Strategie der Entwicklung der Beziehungen der Russländischen Föderation mit der Europäischen Union in mittelfristiger Perspektive (2000-2010)“ von 1999 soll Moskaus Partnerschaft mit der EU dazu beitragen, „Russlands Rolle als führende Kraft bei der Bildung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen im GUS-Raum zu konsolidieren“.⁴⁴ Noch deutlicher formuliert: Brüssel soll die „führende Rolle“ Russlands in der GUS – und daher auch gegenüber Belarus – anerkennen. Das geschieht implizit auch: Der ganze „postsowjetische Raum“ (und daher auch die Lage von Demokratie und Menschenrechten) gilt in der EU allgemein als zu unwichtig, um deswegen eine „Verstimmung Russlands“ oder sogar – wie nicht wenige Beobachter zu glauben scheinen – die Versorgung mit russischen Energieträgern zu riskieren.

Eine – sich derzeit nicht abzeichnende – Machtübernahme der demokratischen Opposition in Belarus könnte, so befürchten maßgebliche Teile der russischen Eliten, dazu führen, dass sich das Land verstärkt in westliche Organisationen integriert, sodass es für Moskau „verloren“ wäre und auch eine „Wiedervereinigung“ mit Russland unmöglich würde.

⁴⁴ Strategija razvitija otnošenij Rossijskoj Federacii s Evropejskom Sojuzom na srednesročnuju perspektivu (2000-2010 gg.). Diplomatičeskij Vestnik, Nr. 11, Moskau 1999, S. 20-28.

Aus russischer Sicht gilt es, Belarus bilateral mit einer Kombination aus Druck und Anreizen in der Wirtschaft und durch politische Unterstützung des Lukaschenka-Regimes gegenüber dritten Organisationen und Ländern (und insbesondere der EU und den USA) möglichst fest an sich zu binden. Jede – und sei es noch so vorsichtige – Initiative, die Skepsis gegenüber Lukaschenka verrät, wird in Moskau offenbar auch als gegen Russland gerichtet wahrgenommen und stößt auf entsprechend schroffe Ablehnung. Das zeigte sich selbst bei vergleichsweise unbedeutenden Anlässen – so etwa, als die EU mit 130.000 Euro ein für Belarus bestimmtes Programmfenster der „Deutschen Welle“ zu finanzieren begann: Der Putin-Berater Sergej Jastrzhembskij warf Brüssel vor, sich eines „Mittels des Kalten Krieges“ zu bedienen.⁴⁵ Auf massiven Moskauer Unwillen stieß auch wiederkehrende – oft unter Berufung auf die OSZE bzw. deren Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) geäußerte – Kritik der EU an der „demokratischen Qualität“ von Wahlen und Abstimmungen in Belarus. Von dieser zeigte sich Lukaschenka allerdings ohnedies gänzlich unbeeindruckt. Er lässt stattdessen seine Diplomaten gegen eine mangelnde Bereitschaft der EU protestieren, Minsker „Initiativen zwecks Normalisierung unserer Beziehungen zu realisieren“.⁴⁶

Verschiedene westliche Belarus-Beobachter verbreiteten, dass Moskau Lukaschenka „eigentlich“ unangenehm und peinlich sei und es einen Nachfolger suche. Das hat sich in der Realität aber über mehrere Jahre hinweg nicht bestätigt, sodass hier der Wunsch Vater des Gedankens sein dürfte. Oft ist in der EU und in ihren Mitgliedsländern auch zu hören, dass man in Moskau erreichen müsse, dass dieses auf Lukaschenka „reform- und demokratiefördernd“ einwirke.⁴⁷ Allerdings gab es zu keinem Zeitpunkt Anzeichen für russischen Druck auf Lukaschenka, um der EU (oder gar den USA) einen Gefallen zu tun. Konstruktionen „ge-

⁴⁵ Deutsche Welle als „Mittel des Kalten Krieges“. Netzzeitung.de, 4.10.2005, <http://www.netzzeitung.de/medien/360989.html> (abgerufen 22.1.2008).

⁴⁶ „Die aktuellen Beziehungen zwischen der Republik Belarus und der EU“. – Information der Botschaft von Belarus in Wien, verteilt auf Veranstaltungen (ein Exemplar im Besitz des Verfassers).

⁴⁷ Heinz Timmermann: Die EU und die „Neuen Nachbarn“ Ukraine und Belarus. SWP-Studie, S 41. Berlin, Oktober 2003, S. 20.

meinsamer Interessen“ der EU und Russlands gegenüber Belarus, die manche westliche Analytiker aufstellten,⁴⁸ wirkten ebenfalls wenig überzeugend und ließen sich in der Realität nicht beobachten. Putin hat in Russland selbst ein autoritäres Regime („gelenkte Demokratie“) aufgebaut, sodass sich die grundsätzliche Frage erhebt, warum er ausgerechnet an einer Demokratisierung Belarus', die nur ohne Lukaschenka (vielleicht) möglich wäre, interessiert sein sollte. Der bekannte russische Politologe Sergej Karaganow ließ keinen Zweifel an der Hauptstütze des belarussischen Regimes aufkommen: „Alles hängt von Russland ab. Wenn Russland will, muss Lukaschenka gehen“.⁴⁹ Und da er nach wie vor im Amt ist, genießt er offenbar – trotz der dargestellten Kontroversen – die grundsätzliche Unterstützung Moskaus. Sie betrafen aber, wie oben gezeigt, in erster Linie die Modalitäten der Schaffung eines „Unionsstaates“ sowie die Wirtschaft und hatten mit Demokratisierung nichts zu tun. Lukaschenkas Diktatur mag für das Europa der EU nicht zeitgemäß sein, in der GUS gibt es hingegen kein Problem – die große Mehrheit ihrer Mitgliedsländer lebt mit ähnlichen Realverfassungen.

EU-Politiker und -Diplomaten entgegneten auf – nicht wirklich häufig gestellte – Fragen nach dem „belarussischen Problem“ oft händeringend (und in der Hoffnung auf einen raschen Themenwechsel), dass man „nicht viel tun“ könne. Das wirft die Frage auf, wann eigentlich auf Harmoniebedürfnis gegründete Passivität in Komplizenschaft mit Regimes umschlägt, die genau jene Menschenrechte massiv verletzen, deren Einhaltung die EU als eine ihrer ideellen Grundlagen betrachtet.

Die „Strategie des zweigleisigen Dialogs“ der EU – punktuelle Absprachen mit Repräsentanten des Regimes einerseits und Kontakte mit Vertretern der demokratischen Opposition andererseits – in der Hoffnung darauf, eine „Dynamik“ in Richtung Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit in Gang zu bringen, zeitigte bisher keinerlei Erfolge; Lukaschenka hat sogar die Schrauben seines Regimes immer fester an-

⁴⁸ Vgl. z.B. Tobias Hausotter/Arne Niemann/Alexander Schranz: Die Belarus-Politik der Europäischen Union. Handlungsspielraum und Politikoptionen. In: Osteuropa, 7/2007, S. 57-69, hier S. 68.

⁴⁹ Interview, CNN, 17.10.2004.

gezogen. Von der EU angebotene „Anreize“ für einen demokratischen Wandel in Belarus blieben ebenfalls ohne Resonanz. So bot Brüssel Minsk im November 2006 im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) u.a. Reiseerleichterungen, Handel und Finanzhilfen für die Bereiche Gesundheit, Verkehr und Energie an, wenn sich die Führung im Gegenzug um Demokratisierung, Rechtstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte bemüht.⁵⁰ Eine international bekannte Zeitung fasste die Reaktionen wie folgt zusammen: „Über das Lockangebot der EU, mehr Reformen würden mit mehr Hilfe belohnt, macht man sich in Minsk nur lustig“.⁵¹ Im Juni 2007 beschloss die EU, Belarus wegen der Verletzung von Arbeitnehmerrechten aus dem Generalsystem der Handelspräferenzen (APS) auszuschließen.⁵² Aber auch EU-Einreiseverbote gegen Lukaschenka und 30 andere führende Repräsentanten seines Regimes sowie Sperren von Konten von 36 Angehörigen der belarussischen Führung ab Frühjahr 2006 blieben wirkungslos und zeugten eher von der Ohnmacht Brüssels als von der Absicht, Lukaschenka nicht völlig nach seinen Gutdünken schalten und walten zu lassen. Insgesamt agierte die EU gegenüber seinem Regime recht zurückhaltend, was Hans-Georg Wieck, aus Deutschland stammender ehemaliger Chef der OSZE-Mission in Belarus, mit einer „sichtlichen ... Rücksichtnahme auf die Interessen der Rußländischen Föderation“ erklärte.⁵³

Zwar haben die EU und Belarus 1995 ein Partnership and Co-operation Agreement (PCA) ausverhandelt, doch lehnte Brüssel ein Inkrafttreten wegen des zunehmend diktatorischen Lukaschenka-Regimes ab. Die EU finanzierte jedoch Projekte in Belarus, das so zwischen 1991 und 2004 insgesamt 221 Mio. Euro erhielt. 2005-2006 kamen im Rahmen des

⁵⁰ Non-Paper: „What the European Union could bring to Belarus“. EU, 21.11.2006, http://ec.europa.eu/comm/external_relations/belarus/intro/non_paper_1106.pdf (abgerufen 22.2.2008).

⁵¹ Wachsende Arroganz der Macht in Minsk. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 27.11.2006, S. 3.

⁵² Für Details dazu vgl.: Kirill Hajduk/Vitali Silitski: After the GSP Withdrawal: The Case for the Revision of the EU Policy Towards Belarus. Belarusian Institute for Strategic Studies, 7.8.2007.

⁵³ Hans-Georg Wieck: Demokratieförderung in der Sackgasse. Europa versagt in Belarus. In: Osteuropa, 9/2006, S. 57-72, hier S. 63.

TACIS-Programms nochmals 10 Mio. Euro dazu.⁵⁴ Im Dezember 2006 wurde die Europäische Geisteswissenschaftliche Universität in Vilnius mit 4,5 Mio. Euro dotiert.⁵⁵ Diese Lehranstalt war 1992 in Minsk entstanden. 2004 hatten ihr die belarussischen Behörden die Lizenz entzogen, worauf sie nach Litauen übersiedelte.

Lukaschenkas Regime ist im Westen in sicherheitsrelevanten Bereichen weniger isoliert als man auf den ersten Blick vermuten könnte. So unterzeichneten die Verteidigungsministerien Belarus' und Frankreichs am 8. November 2007 eine Kooperationsvereinbarung,⁵⁶ und die NATO erklärte zur gleichen Zeit ihre Bereitschaft zu einem „sincere and open dialogue“ mit Minsk.⁵⁷

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Überleben der kaum reformierten belarussischen Wirtschaft hängt zu einem erheblichen Grad vom Zugang zu billigen russischen Energieträgern ab. Mit deren Preisen hat Moskau insbesondere in der zweiten Amtszeit Putins (also seit 2004) in der GUS aktiv Geopolitik betrieben. Russische Amtsträger wollten Minsk günstiges Erdgas und Erdöl schließlich nur noch für den Fall einer Vereinigung mit Russland zugestehen. Diese hätte es Putin erlaubt, ohne Änderung oder Verletzung der derzeit gültigen russischen Verfassung zum Oberhaupt eines neuen „Unionsstates“ aufzusteigen. Lukaschenka forciert zwar ebenfalls die „Integration“ mit Russland, doch zu seinen Bedingungen: Er möchte sicherstellen, dass er in einem entstehenden russisch-belarussischen Staatsgebilde einen führenden Posten einnimmt. Daran ist aber Moskau desinteressiert. Allerdings will es Belarus sichtlich in seiner „Sphäre

⁵⁴ EU-Belarus: New message to the people of Belarus, 21.11.2006, http://ec.europa.eu/comm/external_relations/belarus/intro/index.htm (abgerufen 20.3.2007).

⁵⁵ RFE/RL Newslines Vol. 10, No. 229, Part II, 13 December 2006.

⁵⁶ Belarusian, French Defence Ministries ink military cooperation agreement. BELTA (Belarusian Telegraph Agency), 8.11.2007, <http://www.belta.by/en/news/politics?id=184550> (abgerufen 21.11.2007).

⁵⁷ Zitiert nach: NATO ready for dialogue with Belarus. BELTA, 10.12.2007. <http://www.belta.by/en/news/politics?id=189563> (abgerufen 11.12.2007).

besonderer Interessen“ halten, was nach vorherrschender russischer Meinung am ehesten mit Lukaschenka im Amt des Präsidenten garantiert ist. Moskau fürchtet ein „Abdriften“ von Belarus „nach Europa“, womit es für Russland „verloren“ wäre. Dies zeichnet sich allerdings für die überschaubare Zukunft nicht ab. Es ist unwahrscheinlich, dass die derzeitige Amtszeit Lukaschenkas seine letzte ist: Solange Russland ihn nicht fallen lässt, kann er noch lange regieren.

Den demokratischen und proeuropäischen Kräften in Belarus wäre bereits geholfen, wenn man ihnen mehr Aufmerksamkeit zuteil werden ließe und ihre Positionen bei der Gestaltung der EU-Politik gegenüber Minsk vermehrt berücksichtigen würde. Stattdessen oszilliert Brüssel zwischen Ohnmacht gegenüber den von Lukaschenka geschaffenen Verhältnissen und der Hoffnung auf völlig untaugliche Mittel – so Hilfe des selbst immer autoritäreren Russlands im Hinblick auf eine Demokratisierung von Belarus.